



Appell des Queeren Netzwerks NRW **Kommunalpolitik auch für queere Menschen**

Bei den Kommunalwahlen 2025 ist es zu politischen Kräfteverschiebungen gekommen, die uns als queere Communities äußerst besorgt stimmen und zu denen wir nicht schweigen können. Wir beobachten, wie in kommunalen Vertretungen Grenzen des Sagbaren verschoben werden, wie über Minderheiten abfällig und feindselig gesprochen wird.

Wir erwarten, dass die kommunalen Haushaltsdebatten von queerfeindlichen Kräften intensiv genutzt werden, um Projekte zur Akzeptanz von LSBTIAQ* zu kürzen, einzustellen oder inhaltlich zu diskreditieren. Erste Anträge zur Kürzung von Projekten zur Akzeptanz von LSBTIAQ* liegen bereits vor. Wir haben große Sorge, dass, aus Einsparerfordernissen heraus oder auch durch bloße Unaufmerksamkeit, opportunistische Mehrheiten entstehen. In allen nordrhein-westfälischen Städten und Kreisen existieren zu wenig Angebote, Beratungsstellen und Qualifizierungen für die Akzeptanz von LSBTIAQ*.

Wir verstehen die Gleichheit von LSBTIAQ* als selbstverständlichen Wert unserer gemeinsamen Demokratie. Mehr denn je sind queere Menschen heute auf die Unterstützung aller Demokrat*innen angewiesen. Wir appellieren an Sie, als Verantwortliche in den nordrhein-westfälischen Kommunen:

- Machen Sie in Reden, Bürger*innengesprächen und Anträgen unmissverständlich deutlich, dass die Akzeptanz von LSBTIAQ* eine Grundaufgabe der Demokratie ist!
- Benennen Sie in Ihren Kommunen, Parteien und Fraktionen Ansprechpersonen für die queere Selbstorganisation und machen Sie diese bekannt!
- Richten Sie LSBTIAQ*-Beauftragte der Kommune ein!
- Widersprechen Sie, wenn mit Anträgen oder anderen Äußerungen in Gremien und Verwaltungen Stimmung gegen LSBTIAQ* gemacht wird!
- Benennen Sie Hass und Diskriminierung, wenn diese stattfinden und machen Sie deutlich, dass Hass keine Meinung sein kann!
- Bieten Sie Sensibilisierungen und Schulungen für die Mitarbeitenden der kommunalen Verwaltung an, damit queere Kolleg*innen sich am Arbeitsplatz sicher fühlen und sich alle Bürger*innen auf einen diskriminierungssensiblen Umgang verlassen können!
- Erhalten Sie die kommunale Förderung für LSBTIAQ*-Projekte, Begegnungsstätten, Beratungsstellen und Jugendzentren!
- Unterstützen Sie LSBTIAQ* durch Ihre aktive Teilnahme an lokalen CSDs und die Bekanntmachung der landesweiten Meldestelle MIQ NRW.

An die kommunalen Spitzenorganisationen appellieren wir zudem, dass sie sich öffentlich und unmissverständlich für die Akzeptanz queeren Lebens in den Städten und Gemeinden aussprechen und die Expertise aufgebaut wird, um die Kommunen entsprechend zu beraten.

Für uns als LSBTIAQ*-Communities, aber auch für unsere Demokratie insgesamt geht es um mehr als um Haushaltmittel. Es geht darum, die Zerstörung eines gleichberechtigten, demokratischen Zusammenlebens abzuwenden, die in dieser Wahlperiode zu beginnen droht.